

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Abzugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, bei Zahlung durch die Post 2,— Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger äußerer Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum mit 25 Bsp., auf der ersten Seite mit 50 Bsp. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben.
Jeder Anspruch auf Nachzahlung, wenn der Anzeigenbetrag durch Rüge etwagezogen werden muß, oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Verantwortlicher: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kühle, Groß-Okrilla

Nummer 59

Mittwoch, den 21. Mai 1919.

18. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Saatkartoffeln.

Die bei der Gemeinde bestellten Saatkartoffeln können in der Schicht vom Herrich entnommen werden.
Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die auf Saatkartoffel zugewiesenen Saatkartoffel nur zu Saatwecken Verwendung finden dürfen.
Es müssen in jedem Falle die auf den Saatkartoffeln begebenen Flächen belegt werden. Im Herbst erfolgt unter Umständen volle Anrechnung auf die Kartoffelkarten. Es ist sich die Inhaber von Saatkarten die Folgen mit Rücksicht auf Verwendung von Saatkartoffeln selbst zu verantworten haben werden.

Ottendorf-Hermsdorf, am 18. Mai 1919

Der Gemeindevorstand

Festbleiben!

Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“ aus... Nachdem der „Vorwärts“ im Verlaufe der vergangenen Woche seinen Standpunkt in der Friedensfrage wiederholt gewechselt hatte und halb im Morgengraue gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages Stellung nahm und im Abendblatt zur Frage der Unterzeichnung eine verchwommene Haltung einnahm oder für eine Konzeption an die Gegner Propaganda machte, findet sich der Chefredakteur des Blattes wieder zu dem Standpunkte zurück, den er nach seiner Rückkehr aus Versailles schon scharf betont hatte. Aber wie man weiß, steht er in der Redaktion mit seiner Auffassung vereinzelt da, wie ja die ganze sozialdemokratische Partei heute in der Lebenslage des deutschen Volkes nicht weiß, wohin sie will und wohin sie gehen soll. Stampfer selbst sagt auseinander, daß für die Entente zwei Wege offenstehen: Entweder muß sie den Zustand, wie sie durch den Friedensvertrag zu schaffen wünscht, direkt durch eigene Gewalt herbeiführen und aufrichterhalten, das heißt sie muß ganz Deutschland besetzen und es als gemeinsame Kolonie verwalten, oder aber sie muß in Deutschland ein Scheinregiment, gebildet aus den Unabgängigen, herstellen, die allerdings, so sagt der „Vorwärts“ auseinander, nicht lebensfähig wäre. Der „Vorwärts“ begründet das folgendermaßen:

Der Unterzeichnung des Friedensbedingungen durch eine unabhängige Regierung würde nicht ein gesichertes Regiment in Deutschland folgen, das diese Bedingungen durchzuführen würde, sondern ein Zustand der völligen Auflösung, der die Entente erst recht zum Versuch zwingen würde, in eigener Regie, durch Besetzung und militärische Verwaltung Deutschlands zu erreichen, was durch keine deutsche Regierung erreicht werden kann.

Bei dem kein Zustand wäre, den die Entente erreichen könnte, bleibe, schreibt Stampfer, der Entente nichts anderes übrig, als sich auf die 14 Punkte Wilsons zu beziehen und mit der bestehenden deutschen Regierung zu verhandeln. Diese Regierung, nämlich die Scheidemannsche, sei bereit, fremde Bevölkerungen der Kriegsverwundeten Hilfe zu leisten, die die Entente nicht leisten kann. An dieser dreifachen Bereitschaft der deutschen Regierung darf sich im Laufe der Ereignisse, wie immer sie auch gestalten mögen, nichts ändern. Es darf sich auch wenig, komme was da will, etwas an ihrer Existenz ändern, den Friedensvertrag, so wie er ihr vorgelegt worden ist, nicht zu unterzeichnen.

Stampfer sagt dann auseinander, daß sich das deutsche Volk alle Sympathien in der Welt verschmerzen würde, wollte es dem Vertrage zustimmen in dem Bewusstsein, ihn nicht erfüllen zu können. Die Folge dieser Unaufrichtigkeit wäre das Wiederleben des Kriegszustandes; dieser Parole der Entente würden drüber Millionen folgen, weil es gelte, das „hinterhältige deutsche Volk zur Beitragskassette zu erpressen“.

Dauernden Frieden aber verbürgt nur die Unterzeichnung des 14 Punkte. Und dafür muß das deutsche arbeitende Volk sich einsetzen.

Neuere vom Tage.

— Oberleutnant Vogel, der bekanntlich im Liebknecht-Tage verurteilt wurde, ist entflohen. Im Untersuchungsgefängnis in der Leichter Straße erschienen zwei Transportanten mit einem Befehl, der die Unterchrift des Kriegsgerichtsrats Jörnig trug und der anordnete, daß Vogel nach Kassel zu transportieren sei. Die Auslieferung erfolgte.

Der Transport ist aber in Tegel nicht angekommen. Es steht somit fest, daß der Transport gescheitert war. Die sofortige Verfolgung des entflohenen Beurteilten und seiner Helfershelfer ist eingeleitet.

— Nicht genug, daß unsere Gefangenen zurückgehalten werden und in Frankreich Fronddienste leisten müssen, auch im besetzten Gebiet holt man, wie die Frankfurter Volksstimme meldet, Arbeiter aus den Fabriken und transportiert sie zum Wiederaufbau ab. Um den Schein zu wahren, hat man zunächst nur Arbeitstote genommen und gesagt, es handle sich um Leute, die keine Beschäftigung haben. In den letzten Tagen sind zwei Schuhfabriken auf Befehl der Besatzungsbehörden geschlossen worden, obwohl noch Rohstoffe zur Verarbeitung vorhanden und auch neue beschafft werden konnten. Die Bestände von 400 000 Paar Schuhen wurden den Fabrikanten gegen Zahlung des Friedenspreises abgenommen und nach Frankreich abgerollt. Bei dem üblichen Appell wurden dann die durch diese Schließung der Fabriken brotlos gewordenen Arbeiter gestiftet. Die 17 bis 32-jährigen Arbeiter wurden auf der Stelle interniert und nach Ludwigschafen gebracht, wo die Transporte zusammengestellt werden. Ein Abschied von den Angehörigen war unmöglich.

— Das Gesamtministerium hatte bekanntlich Ende vorigen Jahres das Finanzministerium beauftragt, einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung und Sozialisierung des sächsischen Kohlenbergbaues vorzubereiten. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat das Finanzministerium nach eingehenden Beratungen den Text des Gesetzentwurfes über die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues nunmehr fertiggestellt. Auf die von der Verstaatlichung wohl zu unterscheidende Sozialisierung erstreckt sich der Gesetzentwurf nicht, da sich inzwischen das Reich der Sozialisierung des Kohlenbergbaues angenommen und sie dadurch der sächsischen Landesgesetzgebung entzogen hat. Nach dem Reichsgesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 ist die gesamte wirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft Reichssache. In den leitenden Stellen dieser Organisation, die sich insbesondere mit der Förderung, dem Abzug und den Preisen zu befassen haben wird, sollen auch die Arbeitnehmer und die Verbraucher weitgehend beteiligt sein. Ferner plant das Reich eine gesetzliche Regelung des Betriebsregimes, die sich auch auf den Bergbau erstrecken wird, sowie eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse an den Kohlenlagerstätten. Durch dieses Eingreifen der Reichsgesetzgebung sind die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse des Kohlenbergbaues vollständig zu Fluss gekommen, so daß die Frage aufgeworfen werden muß, ob der gegenwärtigen Zeitpunkt für die Verstaatlichung der sächsischen Kohlenbergwerke geeignet ist. Wenn die Förderung, der Abzug und die Preise der Kohlen in steigender Weise vom Reich und dem vom Reich geschaffenen Organisationen beeinflusst werden, ist es sehr zweifelhaft, ob für einen einzelnen Gliedstaat als Besitzer von Kohlenwerken noch hinlänglich Raum zu selbständiger Betätigung bleibt. Denn auch er wird sich wie jeder andere Kohlenbergwerksbetreiber nun bei allen seinen Maßnahmen nach den Beschlüssen der reichsgesetzlichen Organisationen zu richten haben. Schon aus diesem Grunde empfiehlt es sich, daß der Staat, bevor er zur Verstaatlichung der in seinen Gebieten liegenden Werke schreitet, zunächst die Wirtungen der reichsgesetzlichen Sozialisierung des Kohlenbergbaues abwartet. Die Vorsicht ist aber auch mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen geboten; denn wolle der Staat, ehe sich die Wirtungen der Sozialisierung übersehen lassen, die mit der Verstaatlichung der Bergwerke verbundene schwere finanzielle Last auf sich nehmen, so würde er G-jährig laufen, die Staatsfinanzen durch die Übernahme der privaten Bergwerke nicht zu verbessern, sondern zu verschlechtern, eine Folge, die bei der ersten Lage des Staatshaushaltes unter allen Umständen vermieden werden möchte. In Preußen denkt man denn auch überhaupt nicht an eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues. Das Interesse der Arbeiterschaft geht — das muß besonders betont werden — viel weniger auf die Verstaatlichung, als vielmehr auf die Sozialisierung, und diese steht für den Kohlenbergbau des ganzen Reiches in kürzester Zeit bevor.

Verurteiles und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 20. Mai 1919

— Zwei 18-jährige Burschen hatten gestern nachmittag beim Gausebäcker Hornoff in Gundersdorf einen Einbruch verübt. Es waren ihnen dabei gegen 700 Mark und

andere Sachen in die Hände gefallen. Die Spitzbuben wurden durch die Frau gefoltert und entkommen durch das Fenster. In der Nähe der Hammermühle gelang es Herrn Gemeindevorstand Richter hier und einen Sohn des Herrn Hornoff, die Diebe zu ergreifen. Das Geld konnte ihnen abgenommen werden. Es handelt sich um einen stollenlosen Rikovo-führer Weber aus Dresden und den Fürsorgezögling Pennia, der aus der Erziehungsanstalt Niederröbern entwichen ist. Beide wurden in Haft genommen und dem Amtsgericht Radeberg zugeführt.

— Ein heute vormittag über unseren Ort fliegendes Flugzeug warf Flugblätter ab, welche sich gegen den Gemaltpfanden und die Abtrennung deutschen Gebietes richteten.

— Nach Mitteilung der Zuckervertreterstelle sind mehrfach Ergänzungszuckerarten in den Verkehr gebracht worden, die der Ministeriums-Berordnung vom 19. Oktober 1918 nicht entsprechen. Die Amtshauptmannschaft weist wiederholt darauf hin, daß die Ergänzungszuckerarten vor Ausgabe an die Verbraucher an der dafür bezeichneten Stelle mit der vollständigen Gültigkeitsdauer und der Nummer der Verordnungsreihe zu versehen sind. Die Gültigkeitsdauer hat dabei dem Pfundabschnitt der gewöhnlichen Zuckerkarte zu entsprechen.

Dresden. In der ersten Schwurgerichtsperiode wird auch das Verfahren gegen die an der Ermordung des Ministers Reuring beteiligten Personen eröffnet werden. Bisher sind rund 70 Personen beschuldigt und über 400 Zeugen vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Die Voruntersuchung wird dadurch erschwert, daß ein Teil der Beschuldigten von Zivilbehörden, ein anderer Teil von Militärbehörden verhaftet worden ist. Unter den in den letzten Tagen festgenommenen befinden sich einige, die am Mord unmittelbar beteiligt zu sein scheinen. Der bekannte Kommunistenführer Frenzel konnte nachweisen, daß er zu der Zeit, da der Mord geschah, nicht dabeigewesen ist.

Bilmitz. Das Bilmitzer Ländchen, das zum Teil dem Staate zum Teil Besitzern aus den umliegenden Orten gehört, war in den letzten Wochen der Schauplatz wüster Zerstörung. Mit Beil und Säge bewaffnet kamen aus Mügeln, Heidenau, Sporby, Cospitz usw. Einwohner, säten oder schlugen in Manneshöhe die Bäume ab und schafften das Holz auf Handwagen, ja mit Pferdegepannen fort. Die Forstverwaltung war machtlos. Eine militärische Streife am Freitag konnte etwa 50 solcher Holzfäller festnehmen.

Großröhrsdorf. Unseren Ort scheinen jetzt die Diebe und Eindrehler für ihre lichtscheuernde Tätigkeit auszuweichen zu haben. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden in der Höddendorfschen Gärtnerei aus dem Stall 2 Fiedel gestohlen und gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet. Da die Wohnung außerhalb der Gärtnerei gelegen ist, konnten die Diebe ihr Handwerk ungehindert ausführen. Ungleich frecher sind die Eindrehler aber in der Nacht vom 17. zum 18. Mai zu Werke gegangen. Im Niederdorf haben sie nicht weniger als an 5 Orten ihre verbrecherische Tätigkeit ausgeübt. Raubbare Sachen sind ihnen in die Hände gefallen: eine Damenuhr, 260 Stück Keale-Zigaretten, Fleisch, Wurst, Butter und Speck in großen Mengen, Zucker, Briefmarken usw.

Baunzen. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Sonntag nachmittag in einer hiesigen Wohnung der Fischerstraße. Der dort wohnende Kriegsteilnehmer Schuker hatte aus dem Felde eine Berggaspatrone mitgebracht, die aus Versehen in den Kohlenkasten und in den Ofen gekommen war. Seine Ehefrau machte sich mit dem Kinde am Ofen zu schaffen, als plötzlich im Feuer die Patrone explodierte. Die Frau wurde tödlich verletzt.

Plauen i. V. Der Richter der Frau Beeg ist in Gütenfuss festgenommen und der Staatsanwalt in Hof abgeliefert worden. Er ist ein 41-jähriger landwirtschaftlicher Arbeiter aus Weidhaus in Bayern, der sich bettelnd in der Gegend umhergetrieben hat. Der Festgenommene bestritt die Tat.

Ringenthal. Freitag nachmittag wurde der 32-jährige Weber Kehler aus Günzburg bei Gräßlitz, als er mit fünf anderen Schmugglern die sächsische Grenze an unerlaubter Stelle überschreiten wollte, von einem tschechischen Wachtposten jenseits der Grenze angepöbele und so schwer verletzt, daß er verschied. Das ist in kurzer Zeit das dritte Mal, daß in hiesiger Gegend eine Person beim Schmuggeln von Tschechen erschossen wurde.